

Die von der Leyen-Repressanda aufbrechen – Arbeitslosigkeit (fast) abschaffen!

Statt Herrschaft über die Arbeitslosen: Aufstehen, menschenrechtsgemäße Grundsicherung, selbstermächtigende Arbeit selbst schaffen, Arbeitsfairteilung, Auflösung von Tafeln und Bundesagentur für Arbeit – Ein utopisch-realistisches Szenario für einen gesellschaftlichen Konflikt

Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist Ausdruck interessierter Unverantwortlichkeit. Das, was die Bundesregierung und die etablierten Parteien rund um die Hartzereien bieten, kennzeichnet zugleich die Unfähigkeit und Gleichgültigkeit dessen, was als "Politische Klasse" bezeichnet wird. Wer ca. 12 - 13 Mio. Menschen – Erwerbslose, Niedriglöhner, Aufstocker, Alte, Migranten, Asylbewerber, Junge – an der Armutsgrenze zurichtet, hat von Demokratie nicht viel verstanden. Wer fast 1 Mio. Hartz IV-Empfänger zusätzlich mit Sanktionen des Geldentzugs abstrafft, macht ein Menschenbild zu einer hässlichen Fratze. Und wer die Hauptlast allen Sparens primär bei den an den Rand der Gesellschaft geratenen Bürgerinnen und Bürgern einsammelt, der ist nur mitteleuropäisch milder als diejenigen, die wie die EU-Schlächter in Griechenland vorgehen.

Unfähig sind diese professionellen "Volksvertreter", den global erweiterten, neoliberal-kapitalistischen Interessen eine grundrechtlich demokratisch ausweisbare Politik entgegenzusetzen. Gleichgültig sind sie, weil sie die massenhaften Verelendungen, die jede Bürgerin und jeder Bürger persönlich schicksalhaft erfährt, hinter gesetzlich aufgewirbeltem "Spar- und Reform"-Staub geschehen lassen, ja geschehen machen.

Statt dem längst betrogenen "mündigen Bürger" die Wahrheit zu sagen, selbst wenn sie unbequem sein sollte, wird so getan, als müssten nur die reichen Banken- und Wirtschaftsbosse zusätzlich reich machend gestreichelt und die Bürger, je weiter es nach unten geht, getreten werden. Und prompt ereignen sich morgen, in jedem Fall übermorgen - die ewig betörende Fata Morgana neoliberaler Herrschaftsmacht: Arbeit und Wohlstand für alle.

Nein. Diese von der Leyen-Clement-Scholz-Repressanda funktioniert nicht einmal unter ihren eigenen Voraussetzungen. Sie wirkt allein als Mittel der schäbigen Disziplinierung nach unten bei denen, die ohnehin nichts haben und bei denen, der Mehrheit, die Angst haben, in eine solche Situation zu geraten. Mit Ökonomie hat es nicht immer, mit Herrschaft hat es viel zu tun.

Darum ist es höchste Zeit, dass wir und andere dagegen aufstehen. Aufstehen, ungehorsam werden, ja Formen des zivilen Ungehorsams praktizieren ist angesagt – weil wir längst zu lange geschwiegen und beschwiegen haben. Als Wissenschaftler des papiernen Protests, als Gewerkschafter des folgenlosen Backen-Aufblasens, als „Linke“ Parteien fast grenzenloser Hinnahmefähigkeit, als Betroffene ohne ausreichendem Mut zum Widerstand. Wir alle haben uns nicht oder nur ganz selten einer Politik entgegengestellt, für die es nur den Ausdruck eines politischen Verbrechens geben kann. Wer schweigt oder leise winselt, wenn fast 1 Mio. Menschen das zu schmale Existenzminimum nochmals gezaust wird, der gehört ungewollt zur Mittäterschaft.

All das, was rund um die "Agenda 2010" geschieht, die unterdrückend, allein den Namen "Repressanda" verdient hat, funktioniert sozialpolitisch demokratisch nicht. Auch ein Rückgriff auf die 'herkömmliche' Sozialpolitik und das, was als "Sozialstaat" bezeichnet worden ist, hilft nicht weiter. Diskriminierung inmitten und in der Art der sozialen Sicherungen und bürokratisches Verfahren kennzeichneten denselben.

Nur ein neuer Ansatz eröffnet die Chance, Sozial-, Arbeitsmarkt und Gesellschaftspolitik zu organisieren, die den demokratisch menschenrechtlichen Normen gemäß eine Antwort auf die großen Fragen der Zeit darstellt: das Ende der eindeutig und immer schon dominanten Erwerbsarbeit; die Zunahme der ausgrenzenden Konkurrenz, die alte Ungleichheiten bestätigt und neue schafft; der wachsenden Chance der Unternehmen, ihrer Verantwortung klassenspezifisch globalisierend auszubüchsen; der erneut selbst im Rahmen der vergleichsweise wohlständischen Länder anwachsenden Verelendung, der Vorurteile und in deren Folge nationaler und internationaler Aggressionen.

Das, was wir vorschlagen, sind nur erste Schritte. Sie müssen jedoch endlich gegangen werden. Grundsicherung, die ihren Namen verdient, Schaffung anderer Arbeit und anderer, von den

Arbeitenden bestimmte Arbeitsplätze, überfällige Arbeitszeitverkürzungen, die endlich auch Geschlechterdemokratie zur großen Chance machen und nicht zuletzt ein demokratisches, das heißt zuallererst lokal organisiertes Steuersystem - so lauten die ersten Schritte, die wir zur Diskussion stellen. Als Schlussfolgerungen könnten sich zwangsläufig ergeben: Die über 900 Tafeln, die inzwischen 1,5 Mio. Menschen mit Lebensmitteln versorgen, könnten geschlossen oder radikal vermindert werden. Und: Die Bundesagentur für Arbeit könnte aufgelöst oder zu einer Mini-Behörde umgebaut werden. Wir würden sie gern zu Steuerfahndern weiter qualifizieren.

Fünf Hebelpunkte zum politischen Handeln

1. Menschenrechtsgemäße Grundsicherung

Alle Bürgerinnen und Bürger sollen als gleiche und freie Personen ohne existentielle Ängste leben können. Das macht eine notwendige Qualität der gesellschaftlichen Infrastruktur aus. Dieses Versprechen kann in einer arbeitsteiligen, mit unvermeidlichen Ungleichheiten versehenen, sich fortdauernd verändernden Gesellschaft nur einigermaßen eingehalten werden, wenn der soziale Grund allen Mitgliedern der Gesellschaft erwartbar politisch demokratisch gewährleistet wird. Das heißt rechtssicher und ohne Angst vor den wechselnden Klimazonen des eigenen Schicksals. Eine solche Sicherung des sozialen Grundes, auf dem jeder und jeder menschenrechtsgemäß gehen kann, muss sich wenigstens durch folgende Kriterien auszeichnen:

- Der Sockelbetrag, den jede Person erhält, muss so hoch sein, dass er ein bürgerliches Leben ohne Not gestattet. Der Betrag sollte – mit allen Zulagen – um 1.000 € monatlich für eine Person liegen. Es sollte schon mehr als die berühmte Sarrazin-Spar-Speisekarte sein, die Bahnfahrt zur 500 km entfernten Freundin müsste ebenso eingeschlossen sein wie ein Konzert von Peter Maffay. Wie immer ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ als langfristige Perspektive zu beurteilen ist, so ist eine menschenrechtsgemäße repressionsfreie Grundsicherung in jedem Fall ein sinnvoller Zwischenschritt, den es zu erkämpfen gilt. Die Finanzierung würde sich auf ca. 60 Mrd. € belaufen – eine vergleichsweise bescheidene Summe zu Banken- und Eurorettung.
- Der erheblich über der gegenwärtigen Grundsicherung liegende Sockelbetrag verletzt die persönliche Integrität derjenigen nicht, die ihn beziehen. Das ist ein entscheidender Unterschied zu Hartz IV. Der individuelle Rechtsanspruch für alle muss verbürgt sein. Er wird an die lokalen Lebensbedingungen angepasst. Er ist unabhängig von der öffentlichen Kassenlage.
- In kleinen sozialen Einheiten, an jedem Ort, in jedem Stadtteil wird der Fond der Grundsicherung öffentlich zugänglich verwaltet. Der Verwaltungsaufwand ist infolge der kleinen, allenfalls in die Hunderte gehenden Zahl und des nicht diskriminierenden Charakters der Mittelvergabe gering. An den Entscheidungen, der Vergabe- und den Überprüfungen, die öffentlich gemachten Einwänden gelten, sind vor allem diejenigen angemessen zu beteiligen, die primär von der Grundsicherung leben: sie wissen am besten Bescheid über den Terror der Alltäglichkeit.
- Es ist strikt darauf zu achten, dass die basisdemokratische Prägung bleibt. Die nötigen Willensbildungs- und Entscheidungsverläufe richten sich von unten nach oben. Die Anträge zur Grundsicherung sind auf wenige, leicht überprüfbare Fragen zu beschränken. Sie greifen nicht tief in die Integrität der Personen ein. Die wichtigsten Entscheidungen fallen lokal. Die übergeordneten regionalen und überregionalen Instanzen informieren, und koordinieren ohne Sanktionen. Probleme werden öffentlich gemacht. Sie werden zwischen den Instanzen und ihren lokal unmittelbar von den Beziehern der Grundsicherung gewählten Vertretern ausgehandelt. Die Arbeitsagentur wird abgeschafft oder auf eine reine formale Funktion reduziert. Das würde bis zu 10 Mrd. € an Einsparungen pro Jahr ergeben können.

Die Leistungen der Grundsicherung. Erst die Grundsicherung schafft die Voraussetzung der Freiheit von Angst. Erst eine solche Freiheit von Angst macht demokratisches Verhalten möglich. Erst sie erlaubt der übergroßen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, ihre Menschenrechte zu leben. Erst der grundgesicherte soziale Boden macht es möglich, Arbeiten aller Art zu leisten: Tätigkeiten, die Menschen zu ihrer politisch kulturellen Reproduktion brauchen. Außerdem Tätigkeiten, die erforderlich sind, damit eine Gesellschaft nicht in vereinzelnder Konkurrenz auseinanderfalle. Gesellschaft kann erst durch produktive Verbindungen werden.

Warum eine solche Grundsicherung heute, wie soll sie prinzipiell finanziert werden? Grundsicherung wird zum ersten Gebot, wenn Erwerbsarbeit nicht allen in gleicher Weise gewährleistet werden kann. Auch während der 'besten' Zeiten herkömmlicher Sozialpolitik gab es erhebliche Diskriminierungen. Heute wäre es schuldhaft blind, wollte man das System sozialer Sicherungen weiter von der (vollen) Erwerbsarbeit ableiten. Soziale Sicherung als die Voraussetzung aller öffentlichen und privaten Lebensqualität und der prinzipiellen Gleichheit der Lebenschancen ist als wahrhaft allgemeine Steuer zu veranlagern. Kurzum: die Grundsicherung ist die positive Antwort auf die strukturelle Krise der kapitalistisch verfassten Arbeitsgesellschaft. Dieser strukturellen Krise ist immanent, sprich: mit den Mitteln der Arbeitsgesellschaft nicht beizukommen. Druck allein macht nicht beweglich geschweige motiviert, macht wohl ein Leben für Alle nicht wirklich möglich. Allein neue Formen des Mittelaufkommens und der Mittelvergabe lassen sie bewältigen.

Alles reibt sich am vorherrschenden, neoliberal erneuerten negativen Freiheitsbegriff. Frei ist, wer seine Ellbogen benutzen kann. Wer in diesem Sinne ellbogenstark "leistet", hat Besitz und Bildung und gutes Einkommen und Wohlstand verdient. Diejenigen, die ellbogenschwach nicht mitkommen oder ihre Chancen nicht zu nutzen vermochten, sind selbst schuld. Auf keinen Fall geht es, ihnen einen angemessenen sozialen Raum der Sicherheit zu gewähren und von den "Leistungsstärkeren" an die "Leistungsschwächeren" etwas abzugeben. Soll die Idee sozialer Grundsicherung praktische Gestalt gewinnen, müssen wenigstens die Vielen anfangen, die nicht zu den Herrschenden gehören, die Diskriminierungen von oben nach unten nicht weiter zu praktizieren.

In diesem Sinne müsste Solidarität neu gelernt werden. Sie wird heute fast nur abstrakt und oftmals repressiv verlangt. Stößt der Gedanke sozialer Grundsicherung schon auf die Blockade der eingetrimmten Vorstellungen, so ist der Widerstand noch erheblicher, der aus kapitalistischer Logik entspringt. Das, was andere und wir als Grundsicherung vorschlagen, stellt kein materielles Problem dar. Wir wollen Grundsicherung steuerlich demokratisieren. Soziale Grundsicherung bedeutete aber einen Kapitalismus, der auf die immer vorhandene "Reservearmee" der Arbeitslosen verzichtete. Das sind nämlich die wahren Arbeitskosten (!) kapitalistischer Vergesellschaftung.

Der kapitalistische Arbeitsmarkt lebt davon, dass mit dem Mittel der Entlohnung Ungleichheit noch und noch geschaffen wird. Mit dem damit verbundenen Mittel der Entlassung wird bis ins tz der individuellen Schicksale der ungleich Arbeitenden und der verelendenden Arbeitslosen geherrscht. Darum sind die Behauptungen der neoklassischen Ökonomen pseudowissenschaftlich. Nicht ökonomische Gesetzmäßigkeiten verhindern eine soziale Grundsicherung als notwendige demokratisch menschenrechtliche Basis der Gesellschaft in heutiger Zeit. Die elitär klassenspezifischen sozialen Voraussetzungen, die Habens- und Herrschaftsziele kapitalistischer Vergesellschaftung sind es vielmehr, die grundsätzlich andere soziale Sicherungen bis heute blockieren.

2. Selbstermächtigende Arbeitsplätze millionenfach schaffen!

Arbeiten bleibt nötig. Grundsicherung meint nicht, es sei gleichgültig, ob Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftlich anerkannt, arbeiten können oder nicht. Im Gegenteil. Grundsicherung macht endlich alle frei. Sie müssen nicht mehr, gekrümmt und verängstigt, jede Arbeit nehmen, die bezahlt wird. Selbst im Umkreis eines richtig verstandenen, utopischen "Lobs der Faulheit" müssen sich Menschen gesellschaftlich mit anderen reproduzieren. Das bedeutet eine Fülle unterschiedlicher Arbeiten selbst wenn es gelingen sollte, qua technologischer Automation die menschliche Mühe, die nötige "Maloche" zu verringern. Menschen entwickeln außerdem ihre Fähigkeiten nur dann und nur insoweit, als sie in sozialen Zusammenhängen mit anderen Menschen kooperieren und sich mit allen möglichen Gegenständen menschlich handwerklich, künstlerisch, sozial, literarisch auseinandersetzen. Menschen erfahren sich selbst vor allem, indem sie sich arbeitend entäußern, in diesen Entäußerungen von anderen anerkannt werden und das, was sie dabei erfahren haben, lernend, in ihrem Selbst wachsend, in sich zurücknehmen.

Arbeit ist füllig vorhanden. Abgesehen vom allgemeinen Wirklichkeitswert von Arbeit für alle Menschen von Kindesbeinen bis zum krummen Rücken ist es eine rundum sichtbare soziale Tatsache, dass Arbeit die Fülle vorhanden ist. Erfordernisse nach Arbeit liegen auf Halde. Arbeit von Menschen mit anderen Menschen für sich selbst und andere in allen sozialen Zusammenhängen ist schon allein quantitativ üppiger vorhanden denn je. Ob man in den Bildungsbereich, das riesige Gebiet der Krankenversorgung, den Umgang mit alten Menschen und Leuten ansieht, die nicht für sich selbst sorgen können, ob man den Zustand öffentliche Räume, alle möglichen Infrastruktureinrichtungen

betrachtet, überall hallt wie ein stummer Schrei durch die Lande: wir brauchen Arbeitende! Warum aber "gibt" diese Arbeit niemand, die in allen sozialen Schlaglöchern verlangt wird? Weil sich diese anderen Arbeiten kapitalistisch profitabel "nicht rechnen". Darum werden selbst im öffentlichen Dienst Stellen für Lehrer, Krankenschwestern und Verwaltungsbeamte, ja selbst Polizisten gekürzt.

Auch in Sachen Arbeit gilt es einer menschenrechtlich demokratischen Logik eine sich erweiternde Gasse zu öffnen. Erwerbsfähigen und Erwerbswilligen werden unkonventionell Arbeitsplätze unterschiedlichen Typs angeboten. Diejenigen, die brach liegende Arbeit tun wollen, können sich selbst einen Arbeitsplatz entlang ihren Qualifikationen, Motivationen und Möglichkeiten selbstermutigend suchen.

Bürgerinnen und Bürger bestimmen über ihre Erwerbstätigkeit in Inhalt und Form, nicht primär ein vermachtet unberechenbarer Markt und eine kafkaesk verstellte und züchtigende Bürokratie. Ein großes Spektrum von Arbeitschancen dehnt sich attraktiv. Diejenigen, die sich selbst eine Arbeit geben, arbeiten als Betreuer von Alten, von Schülern, von Behinderten und Kindern. Als Stadtteilhelferin, Fußball-Fanclub-Begleiterin, Rechercheurin in Forschungsprojekten, Fliegende Café-Dienstleisterin, Märchenerzählerin für Kinder, Festivalhelfer, Ökologieassistenten, City-Cleanern, Lehrerassistenten, Quartiersmanagerin und Musikassistentin, Bürgeraktivistin und Demokratielotse, Bürgerrechtler und Energieberater, Alternativgärtner und Gruppenleiter gegen Männergewalt, Assistent für Kinder- und Jugendrechte. Die neuen Arbeitnehmleute finden, erfinden, wählen und suchen ihre Arbeitsplätze. Sie haben die Wahl. Sie schließen einen Arbeitsvertrag über Teil- oder Vollarbeitszeit, der zunächst auf drei Jahre begrenzt ist. Vor Ablauf der Zeit ist von beiden Seiten neu zu verhandeln. Die Arbeitsverträge müssen einigen Minima entsprechen. Die Arbeit ist so zu entgelten, dass der Lohn der Arbeit erheblich über der Grundsicherung liegt. Die üblichen Entgeltdifferenzierungen zwischen herkömmlich verschiedenen Lohn- und Gehaltsgruppen sind allerdings nicht strikt einzuhalten. Darüber ist öffentlich zu diskutieren. Wie oben schon apostrophiert worden ist, ist das, was "leistungsgerecht" heißt und entsprechend unterschiedlich belohnt wird, neu zu bestimmen.. Leuten, die darauf beharren, dass sie konventionell gestaffelt bezahlt werden, soll Genüge getan werden. Die Arbeit muss von denjenigen, die sie ausüben, mitbestimmt werden. Wechselseitige Verbindlichkeit und zuverlässige Absprachen sind vonnöten. Dieses Postulat gilt vor allem für die Dauer der Arbeit.

Der erste dreijährige Abschnitt ist - unbeschadet der Optionschancen der Arbeitenden -, zeitlich so zu gliedern, dass rechtzeitig über das Ob und das Wie einer Vertragsverlängerung bzw. andere Arbeitsmöglichkeiten befunden wird. Weitere Vertragsminima kommen hinzu: menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Verbot von Diskriminierungen; Recht auf Aus- und Weiterbildung. Mindestlohnstandards i. S. der Europäischen Menschenrechts-Charta (1989) und der mitteleuropäischen Mindestlohndebatte.

Das Programm will arbeitslose oder schlecht beschäftigte Personen ermutigen. Sich selbst etwas zu trauen, selbst nach Arbeit zu suchen und Neugier auf möglicherweise ungewohnte Tätigkeitsfelder zu entwickeln. Wenn diejenigen, die gesellschaftlich entlohnte Arbeit suchen, selbst aktiv werden - das ist unsere Annahme -, dann werden ihre erfolgreichen Beispiele andere mitziehen. Die Arbeitslosen, die sich dann Arbeit selbst nehmen, motivieren und mobilisieren sich und andere. Das geschieht im Gegensatz zu den heutzutage lähmenden und isolierenden Effekten der Arbeitslosigkeit. Nicht der Humbug von "Ich-AGs", Ein-Euro-Jobs und der stressreich zusammengesuchten Mini-Jobs sind die Alternative. Selbstbestimmte und selbstermutigendes Arbeiten des aufrechten Gangs sind es.

Der Arbeitsvertrag wird zur Regelungsinstanz dieses Projekts. Werden sich, herkömmlich gesprochen, "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer" einig, dann ist der Arbeitsplatz gegeben. Auch das wird nicht alles einfach werden, vor allem für diejenigen, die sehr lange ohne Erwerbsarbeit sind. Aber andererseits: nie gibt es eine größere Chance, sich und seine Qualitäten ernst zu nehmen und sie zu verwirklichen.

Stufen der selbstorganisierten Arbeitsplätze

Zwei Stufen dieses Programms öffentlichen Arbeitsangebots zu verwirklichen, sind vorgesehen:

Erste Stufe:

Erwerbslose probieren bei vollem Gehalt für drei Monate einen Arbeitsplatz aus. Darüber hinaus erhalten sie einen Qualifikationszuschuss. Mit dessen Hilfe können sie sich beraten und von verschiedenen Beratungsagenturen unterstützen lassen. Diese Beratungsagenturen machen im

Konsens mit dem "Arbeitgeber" und dem "Arbeitnehmer" Vorschläge über die Zukunft des Arbeitsplatzes, seine Qualifikationserfordernisse und die Art der Fortbildung. Entscheidend ist es, dass "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer" übereinstimmen. Die Beratungsagenturen können ehrenamtliche lokale Gremien, private Agenturen, Handwerker oder Arbeits-, Jugend- und Sozialämter sein. Sie sind die Joblotsen mit Kompetenz und Überzeugung, aber ohne die Marterwerkzeuge von negativen Sanktionen.

Zweite Stufe:

Auf drei Jahre begrenzt werden in der ersten Etappe öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt, um in den Beruf einzusteigen. Wir sind optimistisch dass sich diese unkonventionellen Prozesse, ein Tätigkeitsfeld zu finden, rasch dynamisch entwickeln. Der Bedarf ist so groß, wie die qualifizierte Nachfrage. Jede Umfrage unter Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern informiert darüber, dass diese gut wissen, was sie gerne arbeiteten. Modellprojekte für Jugendliche, die ihre Arbeit selbst suchen konnten, sind erfolgreich verlaufen (in Berlin und Thüringen). Unser Projekt, Arbeit lohnend zu machen, die gesellschaftlich im Überfluss vorhanden ist, besitzt einen "Hauch von Anarchie". Bürgerinnen und Bürger machen endlich selbst das, was sie bedürfen. Die Ansprüche ökonomischer Regulierung oder politischer Steuerung werden aufgegeben. Niemand kann vorweg sagen, was am Ende herauskommen wird, wie viele Erwerbslose im Handwerk, dem Stadtteilquartier oder einer gemeinnützigen Organisation landen. Nichts wäre politisch erfolgreicher als eine solche Vielfältigkeit. Aber das wird der Grund sein, warum die Bundesagentur alles aufbieten wird, um ein solches Großprojekt zu verhindern. Sie würde (fast) überflüssig.

Alles andere als beliebig. Wir sehen keinen Jahrmarkt der Möglichkeiten vor, auf dem unverbindlich gehandelt wird. Der zentrale Impuls besteht darin, Menschen mit ihren Qualifikationen, Motivationen und Möglichkeiten ernst zu nehmen: Sie sollen selbst zum Initiator und ausführenden "Organ" ihres eigenen Programms werden. Damit der Eigeninitiative angemessen entsprochen werden kann, sind einige Beschränkungen und Präzisierungen des Vorhabens angezeigt. Öffentliche und private Schwerpunkte sind festzulegen, bei denen ein hoher gesellschaftlicher Bedarf unterstellt werden kann. Kommunale Einrichtungen sind vorzusehen, die solche Bereiche gesellschaftlichen Bedarfs öffentlich vorschlagen. An ihrer Entscheidungsbildung sind die Betroffenen einflussreich zu beteiligen. Den Kommunen sollte eine vermittelnde Schlüsselrolle zufallen, ohne sie zur neuen Zentralinstanz zu machen. Die Kommunen können mit Hilfe solcher Arbeitsprojekte ihre Infrastruktur erheblich verbessern. Bei den privatwirtschaftlichen Branchen könnte mit einem Katalog von Prioritäten gearbeitet werden. Dieser ist seinerseits öffentlich zur Diskussion zu stellen. Für Zigarettenschmuggel und Aktivitäten, die Ausländerfeindlichkeit verbreiten, werden keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Mitnahmeeffekte und Missbräuche sind nicht immer vermeidbar. Allein die durchgehaltenen Prinzipien der Öffentlichkeit, der Zugänglichkeit und der Mitbestimmung dürften sie bei weitem unter der üblichen bürokratischen Korruptionsschwelle halten. Um den Missbrauch im wirtschaftlichen Bereich einzuschränken, sind Mittel- und Großunternehmen auszuschließen. Das von uns vorgeschlagene Programm, gegebene Arbeit mit bezahlender Anerkennung zugänglich zu machen, folgt nicht der Devise "Berufsarbeit um jeden Preis" Diese entspräche einem verengten Arbeitsverständnis. Alle möglichen Initiativen können gefördert werden, ohne dafür den Preis der Professionalisierung und Bürokratisierung zahlen zu müssen. Die Übergänge zwischen herkömmlicher Erwerbsarbeit, ehrenamtlicher Arbeit aller Art, politische Aktivitäten eingeschlossen, sollten flexibel gehandhabt werden. In diesem Aufbrechen starrer, sachlich obsoleter Berufs- und Nicht-Berufsarbeitsfronten besteht nicht der Sinn dieses Vorhabens.

Es ist finanzierbar - und zwar sofort!

Wer soll das bezahlen? Wie hoch die Kosten sein werden, lässt sich vorweg nicht genau voraussagen. Klar ist, es darf kein kleinteiliges Modellprojekt sein, das man nach drei Jahren abbricht. Das Experiment neuer Arbeit wird nur sinnvoll, wenn zunächst wenigstens 1 - 2 Mio. Erwerbslosen eine Chance eröffnet wird. Wenn diese im Durchschnitt Verdienste hätten, die mindestens 5.000 Euro im Jahr über der Grundsicherung lägen, dann sind 5 - 10 Mrd. Euro jährlich öffentlich aufzubringen. Auch das wäre im Vergleich zu den steuerlichen Kosten der Finanzmarktkrise und der Bankenrettung ein kleiner Betrag. Gewiss ist, dass die Kosten erheblich geringer sein werden, als diejenigen, die rund um die Arbeitslosigkeit anfallen. Deren persönliche und politische Kosten sind ohnehin nicht zu bezahlen. Zurecht weisen unsere amerikanischen Kollegen darauf hin, dass Arbeitslosigkeit mit seinen psychischen Kosten die teuerste Variante eines verrottenden Sozialstaats ist. Vor allem das, was demokratisch menschenrechtlich gewonnen werden kann, übersteigt bei weitem alle materiellen "Verluste". Letztere werden im Sinne neuer und veränderter Arbeitsleistungen ohnehin rasch

ausgeglichen. Arbeit der neuen Vielfältigkeit ist selbst rechnerisch das mit Abstand wohlfeilste Politikvorhaben. Gegenwärtig fließen fast 40 % der Ausgaben durch Steuern, Sozialbeiträge, Mehrwertsteuern u.ä.m. wieder in irgendeiner Form an die öffentlichen Haushalte zurück.

Abbau von Arbeitsmarkt- und Sozialverwaltungen.

Wer menschenrechtsgemäße Grundsicherung und selbstbestimmte, vielfältigste Arbeitsplätze neu denkt, kommt nicht daran vorbei, die Schlussfolgerungen für Arbeitsagenturen ebenfalls neu zu denken. Das Konzept zöge einen Abbau bzw. Umbau nach sich. Bei unseren Vorschlägen geht es primär um Phantasie, Kreativität und Beratung. Diese können die Arbeitsagenturen ohnehin nicht leisten. Dafür sind sie einfach nicht musikalisch. Als eine der wenigen Aufgaben bliebe ihnen die förmliche Prüfung der neuen Arbeitsverträge. Der mittelfristige Einspareffekt könnte bei jährlich 20 Mrd. Euro liegen. Hinzu kämen der Abbau und Umbau von Beratungseinrichtungen der Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Kirchen, die von diesem Projekt insgesamt erheblich profitieren könnten.

3. Die neue Arbeitsfairteilung als Arbeitsverkürzung der kurzen-30-stündigen Vollzeit!

Das von uns vorgeschlagene Projekt "Arbeitsplätze von unten" ergibt nur einen Sinn, wenn gleichzeitig das vorhandene Arbeitsvolumen so verteilt wird, dass möglichst viele Menschen zusätzlich einen Arbeitsplatz finden können. Die Arbeitszeitverlängerung ist eine perverse Antwort auf die Notwendigkeit, durch Verkürzung von individueller Arbeitszeit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zu Arbeitszeitkürzungen zählen: eine staatlich flankierte Verkürzung der Wochen- und Tagesarbeitszeit; die Förderung freiwilliger Teilzeitarbeit; die besondere Förderung von Teilzeit für junge Paare; Vorruhestandsregelung; Einstellungskorridore für die jüngere Generation. Und vor allem: eine kurze Vollzeit über flexible 30 Stunden. Das Problem besteht aktuell darin, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften wenig daran interessiert sind, die Arbeitslosigkeit als den zentralen Gegenstand der Tarifverhandlungen anzusehen. Eine Mindestforderung wäre, zumindest das Finanzvolumen von 0,5 % der jeweiligen Tarifangebote (2 - 4 %) in neue Arbeitsplätze unterschiedlichen Typs umzuwandeln. Für den öffentlichen und privaten Sektor könnten auf diese Weise jährlich 300- 600.000 neue Arbeitsplätze in Teilzeit oder Vollzeit gewonnen werden. Tarifverträge neuen Typs mit Arbeitszeitkoppelung entsprächen den Zeichen der Zeit. Sie minderten den Machtverlust der Gewerkschaften. Jenseits der Lohnprozente-Forderung würden sie für Erwerbslose, Arbeitnehmer und Öffentlichkeit sichtbar werden. An der Gewerkschaftsbasis gibt es inzwischen wieder eine solche Debatte, die die Gewerkschaftstage mittlerweile mit vielen Anträgen erreicht hat.

Wer über eine Verteilung gesellschaftlich notwendiger und wünschbarer Arbeit redet, darf über die Potenziale, die in einer Geschlechterdemokratie stecken, nicht schweigen. In den öffentlichen Debatten wird darüber der Mantel des Schweigens gelegt. Genauer: Arbeitszeitverkürzung und Familienpolitik werden in der Debatte künstlich getrennt. Die Frage wird dann der Familienpolitik zugeordnet. Ein angemessenes Verständnis von Arbeit meint Erwerbsarbeit, Hausarbeit, Erziehungsarbeit und vielfältige Formen soziokultureller Arbeit. Gegenwärtig wird Arbeits- und Machtteilung zwischen den Geschlechtern mehr gewünscht. Sie wird aber nicht gefördert, sondern geradezu bestraft. Erst wenn Geschlechterdemokratie als Produktivkraft entdeckt wird, erhält sie ihre mögliche gesamtgesellschaftliche Wirkung. Der wirkungsvollste Hebel wäre, diejenigen, die Arbeit mit Partnerschaften, Allein-Leben, Familie mit Kindern als balanciertes Lebensmodell praktizieren wollen, gesellschaftlich zu belohnen. Das Ehegattensplitting in Verbindung mit weitreichenden Teilzeitangeboten abzuschaffen, könnte eine erhebliche Dynamik auslösen. Spezifische Vereinbarungen der Tarifpartner sollten diese ergänzen. Die von uns vorgeschlagene doppelte Option von selbstbestimmten Arbeitsplätzen und Grundsicherung hat auch ein geschlechterdemokratisches, antipatriarchales Ziel. Kurzum: Familienpolitik muss vor allem für junge Paare mit Kind(ern) geschlechterdemokratisch balancierbar sein und Männer sollten darin einen Machtverlust als Lebensgewinn erfahren.

4. Eine kommunalbegünstigende Steuerreform für Bürgerkommunen

Unsere ersten beiden, eng miteinander gekoppelten Vorschläge, die Grundsicherung und das Angebot von selbstermächtigenden Arbeitsplätzen, sind ohne eine Steuerreform, die die Kommunen stärkt, angemessen nicht umzusetzen. Beide Male ist die lokale Ebene entscheidend. Mitbestimmende Organisation von Grundsicherung und vor allem lokal organisierte Arbeitswahl sind nur kommunal denkbar. Die Kommunen können ihrerseits nur demokratisch organisieren, wenn sie über eigene Einnahmen verfügen und in neuer Form Einnahmen und Ausgaben öffentlich miteinander verbinden. Die kommunale Verwaltung muss ihrerseits in die Lage versetzt werden, die Vielzahl der

Tätigkeitschancen anzubieten oder nutzen zu lassen, die lokal 'an sich' vorhanden sind. Zuerst müssen deshalb die Kommunen über einen veränderten vertikalen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden, um die nötigen Infrastrukturleistungen erbringen zu können. Ein eigenes kommunales Recht, Steuern zu erheben, ist angezeigt. Das ist vor allem in Zeiten von Notlagen der Städte und Gemeinden geboten. Öffentliche Armut und privater Reichtum klaffen immer weiter auseinander. Dass die Kommunen beispielsweise mit Hilfe einer eigenen Einkommenssteuer die belastungsfähigeren Bürger stärker heranzögen und dadurch eine Kommune erst zur Kommune machten. Zusätzlich ist der Prozess der Mittelvergabe öffentlich zu gestalten (Bürgerhaushalt). Anders lassen sich die beiden neuen Aufgaben der Grundsicherung und des nichtrepressiven Arbeitsangebots nicht verwirklichen. Die doppelte der Grundsicherung und der selbstermächtigenden Arbeitsplätze könnte den Kommunen aber auch eine ganz andere Blüte von Bürgerkommunen ermöglichen.

5. Konsequenzen ganz anderer Art: Tafeln und die Bundesagentur für Arbeit können weitgehend schließen.

Wenn unsere Argumentation aber auch nur einigermaßen plausibel ist, wären die grundgesicherten Bürgerinnen und Bürger in einer Verfassung, die eine Tafel- und Suppenküchen-Versorgung weitgehend überflüssig macht. Sie würden ihre Berechtigung vermutlich nicht ganz einbüßen und wären eine Art Notfallversorgung. Ein erster Test könnte bei den „Festlichkeiten“ zu „20 Jahre Tafeln“ laufen, wo eine Problematisierung von Sozialstaat und Tafeln in dem Sinne geplant ist, 40-50 Tafeln bewusst zu schließen und eine menschengerechte Grundsicherung zu fordern.

Bei unseren Vorschlägen würde der Bundesagentur für Arbeit das „Aus“ drohen. Sie wäre nach unserem Konzept weitgehend überflüssig. Wir verflüssigen bürokratische Herrschaft, entziehen eine Definitionsmacht, die Menschen in Ängste und oft in Verzweiflungstaten bis zu nachweisbaren Selbstmorden gestürzt hat. Die Auflösung der bürokratischen Herrschaft wird das Machtinteresse an sich selbst mobilisieren. Verfassungsschutz und Bundesagentur für Arbeit haben letzten Endes die gleiche Misstrauens- und Machtlogiken – daher gehören beide abgeschafft. Die Demokratie lebt besser ohne sie.